

Lagerung des Atommülls

Nach den Vorstellungen von Bundesumweltminister Altmaier soll es einen Neuanfang in der Endlagersuche geben. Er hofft, daß bis zum Jahr 2031 ein neues Atommüll-Endlager in Betrieb gehen könnte. Deshalb sollen die Ministerpräsidenten aller Bundesländer am 5. Juli 2013 dem Endlagersuchgesetz zustimmen.

Die Endlagerung von Atommüll muss aber über Millionen Jahre rückholbar erfolgen. Für zukünftige Generationen muss immer die Option bestehen, den radioaktiven Müll an neue, dann sichere Orte zu verbringen. Es gibt daher keine Alternative zur Endlagerung in oberflächennahen Atommülllagern.

Das Betreiben von Atommülllagern in der Nähe von Meeren, Flüssen, Flughäfen oder erdbebengefährdeten Gebieten ist nicht verantwortbar. Salzbergwerke sind grundsätzlich ungeeignet, da immer die Gefahr von Wassereintrüben (wie in den Atommüllendlagern Asse und Morsleben) besteht. Eine sichere „Entsorgung in Endlagern“ kann es niemals geben. Diese Vorstellungen entspringen der Logik von AKW-Betreibern, die eine Lagerung zu möglichst geringen Kosten anstreben. Außerdem muß der hochradioaktive Atommüll in regelmäßigen Abständen umgefüllt werden, wenn nicht mehr von der Dichtigkeit der Behälter ausgegangen werden kann.

Der „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ des Bundesumweltministers stellte im Jahre 2002 sogar wasserführende Deckschichten über einem Endlager als günstige Eigenschaft dar, weil dies „oft zu einer Verdünnung der aus dem Endlager freigesetzten Radioaktivität führt“. Genau dazu sollte es aber niemals kommen.

Gegenwärtig stehen in Deutschland 80 GW an gesicherter elektrischer Leistung zur Verfügung. Bisher wurden erst 8,5 GW (von 20 GW) AKW-Leistung abgeschaltet. Noch immer erzeugen 9 AKW in Deutschland weiterhin hochradioaktiven Atommüll bis 2022. Im 1. Quartal 2013 wurden durchschnittlich 7,4 GW mehr Strom exportiert als importiert. Im Schnitt liefen also während der ganzen Zeit 6 AKW nur für den Exportüberschuss. Während dieser Monate sind in Deutschland vermehrt die Stein- und Braunkohlekraftwerke gelaufen. Die Gaskraftwerke hingegen waren weit unterdurchschnittlich in Betrieb. Vermutlich liegt das an den Regeln für den CO₂-Zertifikatehandel: Der CO₂-Preis ist im Keller. Dadurch ist es lukrativ, die besonders klimaschädlichen Kohlekraftwerke laufen und die weniger klimaschädlichen Gaskraftwerke stehen zu lassen.

Die Energiewirtschaft geht davon aus, daß bis zum Jahr 2019 50 neue Kraftwerke mit insgesamt 30 GW neu errichtet werden. Besonders sinnvoll wären Gaskraftwerke mit Abwärmenutzung (Kraft-Wärme-Kopplung).

Bei den privaten Haushalten bestehen große Effizienzpotenziale von bis zu 60%.